

Ehrenwerter Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren,

In den Reden vieler meiner Vorredner wurde bereits der Gedanke geäußert, dass unser gemeinsamer Planet unumkehrbaren Veränderungen unterworfen ist. Vor unseren Augen wird eine neue Weltordnung geboren. Die Konturen der Zukunft entstehen im Kampf. Im Kampf zwischen der globalen Mehrheit, die für eine gerechtere Verteilung des globalen Reichtums und der zivilisatorischen Vielfalt eintritt, und den wenigen, die mit den neokolonialen Methoden der Unterwerfung an der ihnen entgleitenden Vorherrschaft festhalten.

Das Markenzeichen des „kollektiven Westens“ ist seit langem die Abneigung gegen den Grundsatz der Gleichheit und die völlige Vertragsuntreue. Gewohnt, auf den Rest der Welt herabzuschauen, geben Amerikaner und Europäer Versprechen und Verpflichtungen ab, auch schriftliche und rechtsverbindliche. Danach halten sie sie einfach nicht ein. Wie Präsident Wladimir Putin feststellte, ist der Westen ein wahres „Imperium der Lügen“.

Russland weiß das, wie viele andere Länder auch, aus erster Hand. Im Jahr 1945, als Washington, London und wir gemeinsam den Feind an den Fronten des Zweiten Weltkriegs vernichteten, bereiteten unsere Verbündeten in der Anti-Hitler-Koalition bereits Pläne für die Militäroperation „Unthinkable“ gegen die Sowjetunion vor. Und vier Jahre später, 1949, entwickelten die Amerikaner die Operation Dropshot, um massive Atomschläge gegen die UdSSR durchzuführen.

Diese verrückten Pläne blieben auf dem Papier. Die UdSSR schuf ihre Vergeltungswaffen. Es bedurfte jedoch der Kubakrise von 1962 und des Balanceaktes am Rande des Atomkriegs, damit die Idee, ihn zu entfesseln, und die Illusion, ihn zu gewinnen, nicht länger die Grundlage der amerikanischen Militärplanung bildeten.

Am Ende des Kalten Krieges spielte die Sowjetunion eine entscheidende Rolle bei der Vereinigung Deutschlands und der Vereinbarung der Parameter einer neuen Sicherheitsarchitektur in Europa. Dabei wurden der sowjetischen und dann der russischen Führung konkrete politische Zusicherungen gegeben, dass der NATO-Militärblock nicht nach Osten ausgedehnt wird. Die entsprechenden Verhandlungsprotokolle sind in unseren und westlichen Archiven verfügbar. Sie sind frei zugänglich.

Aber diese Zusicherungen der westlichen Führer erwiesen sich als Täuschung, sie hatten nicht die Absicht, sie einzuhalten. Dabei hat es sie nie gestört, dass sie mit der Annäherung der NATO an die Grenzen Russlands auch die auf höchster Ebene eingegangenen offiziellen Verpflichtungen im Rahmen der OSZE, die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer zu stärken und nicht zuzulassen, dass ein Land, eine Gruppe von Ländern oder Organisationen in Europa militärisch und politisch dominieren, eklatant verletzen.

Im Jahr 2021 wurden unsere Vorschläge zum Abschluss von Verträgen über gegenseitige Sicherheitsgarantien in Europa unter Beibehaltung des blockfreien Status der Ukraine arrogant abgelehnt. Der Westen setzte die systematische Militarisierung des russophoben Kiewer Regimes fort, das durch einen blutigen Staatsstreich an die Macht gebracht und zur Vorbereitung eines hybriden Krieges gegen unser Land benutzt wurde.

Die USA und ihre europäischen NATO-Verbündeten haben in jüngster Zeit eine Reihe gemeinsamer Manöver durchgeführt, die seit dem Ende des Kalten Krieges ohne Beispiel sind und bei denen auch der Einsatz von Atomwaffen auf dem Gebiet der Russischen Föderation geprobt wird. Das erklärte Ziel ist es, Russland eine „strategische Niederlage“ beizubringen. Diese Besessenheit hat die unverantwortlichen, an ihre eigene Straffreiheit glaubenden Politiker, die gleichzeitig ihren elementaren Selbsterhaltungstrieb verloren haben, endgültig geblendet.

Die von Washington geführten NATO-Staaten bauen nicht nur ihre Offensivfähigkeiten aus und modernisieren sie, sondern versuchen auch, die bewaffnete Konfrontation in den Weltraum und den Informationsraum zu verlagern.

Eine neue gefährliche Erscheinungsform des NATO-Expansionismus ist der Versuch, den Zuständigkeitsbereich des Blocks auf die gesamte östliche Hemisphäre auszudehnen, und zwar unter der verlogenen Parole der „Unteilbarkeit der Sicherheit der transatlantischen und der indo-pazifischen Region“. Zu diesem Zweck schafft Washington unter seiner Kontrolle militär-politische Minibündnisse wie AUKUS, die „Troika“ USA-Japan-Südkorea, das „Quartett“ Tokio-Seoul-Canberra-Wellington, die ihre Teilnehmer zur praktischen Zusammenarbeit mit der NATO bewegen, die ihre Infrastruktur im pazifischen Raum aufbaut. Die unverhohlene Ausrichtung dieser Bemühungen auf Russland und China und der Zusammenbruch der integrativen regionalen Architektur, die sich um die ASEAN gebildet hat, birgt die Gefahr eines neuen explosiven geopolitischen Spannungsherde, der zu dem bereits überhitzten europäischen hinzukommt.

Es entsteht der starke Eindruck, dass die USA und das ihnen vollständig unterstellte „westliche Kollektiv“ beschlossen haben, der „Monroe-Doktrin“ eine globale Projektion zu geben. Die Pläne sind ebenso illusorisch wie äußerst gefährlich, aber das hält die Ideologen der Neuauflage der „Pax Americana“ nicht auf.

Die Weltminderheit versucht ihr Bestes, um den natürlichen Lauf der Dinge zu verlangsamen. In der Erklärung der NATO von Vilnius wird die „wachsende Partnerschaft zwischen Russland und China“ als „Bedrohung für die NATO“ bezeichnet. In einer Rede vor seinen Botschaftern im Ausland brachte Präsident Macron kürzlich seine große Besorgnis über die Erweiterung der BRICS zum Ausdruck und betrachtete dieses Ereignis als Beweis für „die zunehmende Komplexität der internationalen Arena, die das Risiko einer Schwächung des Westens und insbesondere Europas birgt“.

Die Grundsätze und verschiedenen Organisationsformen der Weltordnung, in der der Westen dominant war und ist, werden revidiert. Solche neuen Dinge erfährt man: Wenn sich irgendjemand ohne uns irgendwo versammelt, ohne uns oder ohne unsere Erlaubnis Freundschaften schließt, wird das als Bedrohung unserer Vorherrschaft angesehen. Das Vordringen der NATO in den asiatisch-pazifischen Raum ist eine „gute Sache“, während die Expansion der BRICS gefährlich ist.

Die Logik des historischen Prozesses ist jedoch unerbittlich. Der wichtigste Trend ist der Wunsch der Staaten der Weltmehrheit, ihre Souveränität zu stärken und ihre nationalen Interessen, Traditionen, Kulturen und Lebensweisen zu verteidigen. Sie wollen nicht mehr unter dem Diktat von irgendwem leben, sie wollen Freunde sein und untereinander, aber auch mit der ganzen Welt, Handel treiben – aber nur auf gleicher Augenhöhe und zum

gegenseitigen Nutzen. Verbände wie die BRICS und die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit sind auf dem Vormarsch und bieten den Ländern des globalen Südens Möglichkeiten zur gemeinsamen Entwicklung und zur Verteidigung ihres würdigen Platzes in der objektiv entstehenden multipolaren Architektur.

Vielleicht besteht zum ersten Mal seit 1945, als die Vereinten Nationen gegründet wurden, die Chance auf eine echte Demokratisierung des Weltgeschehens. Das stimmt alle optimistisch, die an die Herrschaft des Völkerrechts glauben und die UNO als zentrales Koordinationsorgan der Weltpolitik wiederbelebt sehen wollen. Als Ort, an dem man sich bei Verhandlungen darüber einigt, wie man Probleme gemeinsam auf der Grundlage eines fairen Interessenausgleichs lösen kann.

Für Russland ist es offensichtlich, dass es keinen anderen Weg gibt. Die USA und das ihnen unterstellte „westliche Kollektiv“ schüren jedoch weiterhin Konflikte, die die Menschheit künstlich in feindliche Blöcke aufteilen und das Erreichen gemeinsamer Ziele behindern. Sie tun alles, um die Bildung einer wirklich multipolaren, gerechten Weltordnung zu verhindern. Sie versuchen, die Welt zu zwingen, nach ihren berüchtigten und engstirnigen „Regeln“ zu spielen, die nur ihrem eigenen Vorteil dienen.

Ich möchte die westlichen Politiker und Diplomaten auffordern, die UN-Charta noch einmal sorgfältig zu lesen. Der Eckpfeiler der im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs geschaffenen Weltordnung ist das demokratische Prinzip der souveränen Gleichheit großer und kleiner Staaten, unabhängig von ihrer Regierungsform, ihrer inneren politischen oder sozioökonomischen Struktur.

Der Westen hält sich immer noch für dem Rest der Menschheit überlegen – ganz im Sinne der bereits berüchtigten Aussage des EU-Chefdiplomaten Borrell, dass „Europa ein blühender Garten und alles um ihn herum ein Dschungel ist“. Es ist ihm nicht peinlich, dass in diesem Garten die Islamophobie und andere Formen der Intoleranz gegenüber den traditionellen Werten aller Weltreligionen grassieren. Koranverbrennungen, Beleidigungen der Thora, Verfolgung orthodoxer Geistlicher und andere Verhöhnungen der Gefühle von Gläubigen sind in Europa buchstäblich an der Tagesordnung.

Die Anwendung einseitiger Zwangsmaßnahmen durch den Westen ist ein eklatanter Verstoß gegen den Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten. Die Länder, die Opfer illegaler Sanktionen geworden sind – und es werden immer mehr –, wissen sehr wohl, dass die Beschränkungen in erster Linie die schwächsten Teile der Bevölkerung treffen. Sie provozieren Krisen auf den Lebensmittel- und Energiemärkten.

Wir bestehen weiterhin auf einer sofortigen und vollständigen Beendigung der Handels-, Wirtschafts- und Finanzblockade der USA gegen Havanna, die in ihrer Unmenschlichkeit beispiellos ist, und auf der Aufhebung der absurden Entscheidung, Kuba zu einem Land zu erklären, das den Terrorismus unterstützt. Washington muss seine Politik der wirtschaftlichen Strangulierung Venezuelas ohne jede Vorbedingung aufgeben. Wir fordern die Aufhebung der einseitigen Sanktionen, die von den USA und der EU gegen die Arabische Republik Syrien verhängt wurden und die das Recht auf Entwicklung in eklatanter Weise untergraben. Die Zwangsmaßnahmen, die unter Umgehung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen verhängt werden, müssen ebenso ein Ende

haben, wie die vom Westen übernommene Praxis, die Sanktionspolitik des Rates zu manipulieren, um Druck auf Andersdenkende auszuüben.

Ein offener Ausdruck des Egoismus der westlichen Minderheit sind die obsessiven Versuche, die Tagesordnung aller internationalen Diskussionen auf die Ukraine zu verlagern, wodurch eine ganze Reihe ungelöster regionaler Krisen überschattet wird, von denen viele Jahre und sogar Jahrzehnte andauern.

Eine vollständige Normalisierung im Nahen Osten kann nicht erreicht werden, ohne dass das Hauptproblem gelöst wird: die Beilegung des langwierigen palästinensisch-israelischen Konflikts auf der Grundlage der UN-Resolutionen und der von Saudi-Arabien seinerzeit vorgelegten arabischen Friedensinitiative. Die Palästinenser warten seit mehr als 70 Jahren auf den ihnen feierlich versprochenen Staat, aber die Amerikaner, die den Vermittlungsprozess monopolisiert haben, tun alles, um das zu verhindern. Wir rufen alle verantwortungsbewussten Länder dazu auf, sich an den Bemühungen zu beteiligen, die Bedingungen für die Wiederaufnahme direkter palästinensisch-israelischer Verhandlungen zu schaffen.

Es ist ermutigend, dass die Liga Arabischer Staaten einen zweiten Aufschwung erfährt und ihre Rolle in den Angelegenheiten der Region aktiv wahrnimmt. Wir begrüßen die Rückkehr der Syriens in die arabische Familie und den Normalisierungsprozess zwischen Damaskus und Ankara, den wir gemeinsam mit unseren iranischen Kollegen zu unterstützen versuchen. Diese positiven Entwicklungen werden durch die Bemühungen des Astana-Formats gestärkt, eine Lösung für Syrien auf der Grundlage der Resolution 2254 des UN-Sicherheitsrats zu fördern und die Souveränität Syriens wiederherzustellen.

Wir hoffen, dass die Libyer mit Hilfe der Vereinten Nationen in der Lage sein werden, in ihrem leidgeprüften Land, das sich seit mehr als einem Jahrzehnt nicht von den Folgen der NATO-Aggression erholen konnte, die den libyschen Staat zerstörte und die Schleusen für die Ausbreitung des Terrorismus in der Sahara-Sahel-Region und für Wellen von Millionen illegaler Migranten nach Europa und in andere Teile der Welt öffnete, allgemeine Wahlen vorzubereiten. Analysten weisen darauf hin, dass Gaddafi, sobald er sein militärisches Atomprogramm aufgegeben hatte, sofort eliminiert wurde. Damit hat der Westen die gefährlichsten Risiken für das gesamte System der Nichtverbreitung von Kernwaffen geschaffen.

Washington und seine asiatischen Verbündeten sind beunruhigt über die Eskalation der militärischen Hysterie auf der koreanischen Halbinsel, wo sich das strategische Potenzial der USA aufstaut. Russisch-chinesische Initiativen, humanitären und politischen Aufgaben Vorrang einzuräumen, werden abgelehnt.

Die tragische Entwicklung der Lage im Sudan ist nichts anderes als eine weitere Folge der gescheiterten Versuche des Westens, liberal-demokratische Dogmen zu exportieren. Wir unterstützen konstruktive Initiativen, die auf eine baldige Beilegung des innersudanesischen Konflikts abzielen, in erster Linie durch die Ermöglichung eines direkten Dialogs zwischen den Konfliktparteien.

Wenn man die nervöse Haltung des Westens gegenüber den jüngsten Ereignissen in Afrika, insbesondere in Niger und Gabun, beobachtet, muss man sich zwangsläufig daran erinnern, wie Washington und Brüssel auf den blutigen Staatsstreich in der Ukraine im

Februar 2014 reagiert haben, bei dem die Opposition die Einigung, die unter EU-Garantien erzielt worden war, einen Tag danach einfach mit Füßen getreten hat. Die USA und ihre Verbündeten unterstützten den Putsch und bezeichneten ihn als „Manifestation der Demokratie“.

Die anhaltende Verschlechterung der Lage in der serbischen Provinz Kosovo kann nur Besorgnis erregen. Die Lieferung von Waffen an die Kosovaren und die Unterstützung der NATO beim Aufbau einer Armee verstoßen in eklatanter Weise gegen die grundlegende Resolution 1244 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Die ganze Welt sieht, wie sich die traurige Geschichte des Minsker Abkommens zur Ukraine auf dem Balkan wiederholt. Das Abkommen sah einen Sonderstatus für die Donbass-Republiken vor. Kiew hat es mit Unterstützung des Westens offen sabotiert.

Und auch jetzt will die EU ihre Schützlinge im Kosovo nicht zwingen, die 2013 zwischen Belgrad und Pristina getroffenen Vereinbarungen über die Gründung der Gemeinschaft der serbischen Gemeinden im Kosovo mit Sonderrechten für deren Sprache und Traditionen umzusetzen. In beiden Fällen fungierte die EU als Garant für die Vereinbarungen, und es scheint, dass sie das gleiche Schicksal haben. So, wie der „Sponsor“ ist, so ist auch das Ergebnis.

Jetzt drängt Brüssel Aserbaidschan und Armenien seine „Vermittlungsdienste“ auf und sorgt gemeinsam mit Washington für die Destabilisierung des Südkaukasus. Nachdem die Eriwan und Baku die Frage der gegenseitigen Anerkennung der Souveränität der beiden Länder geklärt haben, ist es nun an der Zeit für ein friedliches Leben, für seine Etablierung und für Vertrauensbildung. Das russische Friedenskонтингент wird dazu in jeder erdenklichen Weise beitragen.

Was die Beschlüsse der internationalen Gemeinschaft betrifft, die bisher nur auf dem Papier stehen, so fordern wir die Vollendung des Prozesses der Dekolonialisierung in Übereinstimmung mit den Resolutionen der Generalversammlung und die Beendigung kolonialer und neokolonialer Praktiken.

Ein anschauliches Beispiel für die „Regeln“, nach denen der Westen die ganze Welt leben lassen will, ist das Schicksal der 2009 eingegangenen Verpflichtungen, den Entwicklungsländern jährlich 100 Milliarden Dollar zur Finanzierung von Programmen zur Anpassung an den Klimawandel zur Verfügung zu stellen. Vergleichen Sie das Schicksal dieser unerfüllten Versprechen mit den Summen, die die USA, die NATO und die EU zur Unterstützung des rassistischen Regimes in Kiew ausgegeben haben: schätzungsweise bis zu 170 Milliarden Dollar in den letzten anderthalb Jahren. Vergleichen Sie das und Sie verstehen die Haltung der „aufgeklärten westlichen Demokratien“ mit ihren berüchtigten „Werten“.

Generell ist es überfällig, die bestehende Architektur der Global Governance so schnell wie möglich zu reformieren. Sie wird den Anforderungen unserer Zeit schon lange nicht mehr gerecht. Die USA und ihre Verbündeten sollten die künstlichen Beschränkungen bei der Umverteilung der Stimmanteile in IWF und Weltbank aufgeben und das tatsächliche wirtschaftliche und finanzielle Gewicht der Länder des globalen Südens anerkennen. Auch die Blockade der Arbeit des WTO-Streitbeilegungsgremiums sollte unverzüglich aufgehoben werden.

Auch die Erweiterung des Sicherheitsrates wird immer notwendiger, allein schon um der Unterrepräsentation der weltweiten Mehrheit der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas entgegenzuwirken. Es ist wichtig, dass die neuen Mitglieder des Sicherheitsrates, sowohl die ständigen als auch die nicht ständigen, in ihren Regionen und in globalen Organisationen wie der Bewegung der Blockfreien, der Gruppe der 77 und der Organisation für Islamische Zusammenarbeit glaubwürdig sind.

Es ist an der Zeit, über gerechtere Methoden für die Besetzung des UN-Sekretariats nachzudenken. Die seit vielen Jahren geltenden Kriterien spiegeln nicht das tatsächliche Gewicht der Staaten im Weltgeschehen wider und sichern künstlich die unzulässige Dominanz von Staatsbürgern aus NATO- und EU-Ländern. Dieses Missverhältnis wird durch das System der unbefristeten Verträge, die ihre Inhaber an die Position der Sitzländer der internationalen Organisationen binden, von denen die meisten in Hauptstädten angesiedelt sind, die eine westliche Politik verfolgen, noch verschärft.

Die Reform der Vereinten Nationen sollte durch eine neue Art von Vereinigungen unterstützt werden, in denen es keine Anführer, keine Lehrer und Schüler gibt und alle Fragen auf der Grundlage von Konsens und Interessenausgleich gelöst werden. In erster Linie handelt es sich dabei um die BRICS, die nach den Ergebnissen des Gipfels von Johannesburg erheblich an Autorität und wirklich globalen Einfluss gewonnen haben.

Auf regionaler Ebene erleben Organisationen wie die Afrikanische Union, die CELAC, die Liga Arabischer Staaten, der Golf-Kooperationsrat und andere Strukturen eine Renaissance. In Eurasien gewinnt die Harmonisierung der Integrationsprozesse innerhalb der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, der ASEAN, der OVKS, der Eurasischen Wirtschaftsunion, der GUS und des chinesischen Projekts „Seidenstraße“ an Schwung. Auf natürliche Weise bildet sich die Große Eurasische Partnerschaft, an der sich ausnahmslos alle Verbände und Länder unseres gemeinsamen Kontinents beteiligen können.

Leider werden diese positiven Tendenzen durch die zunehmend aggressiven Versuche des Westens konterkariert, seine Herrschaft in der Weltpolitik, der Wirtschaft und dem Finanzwesen aufrechtzuerhalten. Es liegt im gemeinsamen Interesse, eine Fragmentierung der Welt in isolierte Handelsblöcke und Makroregionen zu vermeiden. Wenn die USA und ihre Verbündeten jedoch nicht bereit sind, sich auf eine faire und gerechte Gestaltung der Globalisierungsprozesse zu einigen, muss der Rest der Welt Konsequenzen ziehen und über Maßnahmen nachdenken, die ihnen helfen, die Aussichten ihrer sozioökonomischen und technologischen Entwicklung nicht von den neokolonialen Instinkten der ehemaligen Kolonialmächte abhängig zu machen.

Das Hauptproblem liegt im Westen, denn die Entwicklungsländer sind bereit zu verhandeln, auch auf der Plattform der G20, wie der jüngste Gipfel in Indien gezeigt hat. Die wichtigste Schlussfolgerung des Gipfels ist, dass die G20 von der Politisierung befreit werden können und sollten, damit sie das tun können, wofür sie geschaffen wurden: allgemein akzeptable Maßnahmen zur Steuerung der Weltwirtschaft und der Finanzen zu entwickeln. Es gibt Möglichkeiten für einen Dialog und für Vereinbarungen. Es ist wichtig, diesen Moment nicht zu verpassen.

Das UN-Sekretariat, dessen satzungsgemäßer Auftrag es ist, der Suche nach einer Einigung aller Mitgliedstaaten unter dem Dach der UN zu dienen, und nicht irgendwo anders, sollte all diese Trends in seiner Arbeit voll berücksichtigen.

Die UNO wurde auf der Grundlage der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs gegründet und jeder Versuch, diese Ergebnisse zu revidieren, untergräbt die Grundlagen der Weltorganisation. Als Vertreter eines Landes, das entscheidend zur Niederlage des Faschismus und des japanischen Militarismus beigetragen hat, möchte ich die Aufmerksamkeit auf ein so eklatantes Phänomen wie die Rehabilitierung von Nazis und Kollaborateuren in einer Reihe von europäischen Ländern, vor allem in der Ukraine und den baltischen Staaten, lenken. Besonders besorgniserregend ist, dass Deutschland, Italien und Japan im vergangenen Jahr zum ersten Mal gegen die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen über die Unzulässigkeit der Verherrlichung des Nazismus gestimmt haben. Diese bedauerliche Tatsache stellt die Aufrichtigkeit der Reue dieser Staaten für die massiven Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des Zweiten Weltkriegs in Frage und widerspricht den Bedingungen, unter denen sie als Vollmitglieder in die Vereinten Nationen aufgenommen wurden. Wir fordern dazu auf, diesen „Metamorphosen“, die der Position der Weltmehrheit und den Prinzipien der UN-Charta zuwiderlaufen, besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Herr Vorsitzender,

wie schon so oft in der Vergangenheit steht die Menschheit auch heute wieder an einer Weggabelung. Es liegt allein an uns, zu bestimmen, wie sich die Geschichte entwickeln wird. Es liegt in unserem gemeinsamen Interesse, das Abrutschen in einen großen Krieg und den endgültigen Zusammenbruch der von den vorherigen Generationen geschaffenen Mechanismen der internationalen Zusammenarbeit zu verhindern. Der Generalsekretär hat die Initiative ergriffen, im nächsten Jahr einen „Zukunftsgipfel“ abzuhalten. Der Erfolg dieses Vorhabens kann nur durch die Schaffung eines fairen und gerechten Interessenausgleichs zwischen allen Mitgliedsländern unter Wahrung des zwischenstaatlichen Charakters unserer Organisation gewährleistet werden. Bei ihrem Treffen am 21. September dieses Jahres kamen die Mitglieder der Gruppe der Freunde für die Verteidigung der UN-Charta überein, aktiv zur Erreichung dieses Ziels beizutragen.

Wie Antonio Guterres auf einer Pressekonferenz vor dieser Sitzung sagte, „wenn wir Frieden und Wohlstand auf der Grundlage von Gleichheit und Solidarität wollen, haben die Staats- und Regierungschefs eine besondere Verantwortung, Kompromisse bei der Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft zum Wohle aller einzugehen“. Das ist eine gute Antwort auf diejenigen, die versuchen, die Welt in „Demokratien“ und „Autokratien“ aufzuteilen und allen nur ihre neokolonialen „Regeln“ vorzuschreiben.